

# Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,66 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung des Verbands- und Vereinst-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine**  
(Vierhundert)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,  
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1720.

Nr. 85.

Berlin, Sonnabend, 23. Oktober 1908.

Einundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Ein interessantes Dokument. — Der Kampf um die Jugend. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

## Ein interessantes Dokument.

Von einem langjährigen und aufrichtigen Freunde unserer Gewerkvereinsbewegung, dem Herrn Vordirektor F. Thorswardt in Frankfurt a. M., der zurzeit mit der Bearbeitung des Nachlasses von Dr. Schulze-Delitzsch beschäftigt ist, wird uns ein Brief zur Verfügung gestellt, der erkennen läßt, wie lebhaft sich dieser große Volksmann für das gewerbliche Schiedsgerichtsverfahren interessiert hat. Der Brief ist geschrieben von Robert Kettle, Richter des Provinzialgerichts zu Worcesterhire, und bildet die Antwort auf ein Schreiben, das Schulze-Delitzsch an den bekannten Vorkämpfer für Arbeiter-Schiedsgerichte in England gerichtet hat. In Berlin tobte damals ein umfangreicher Maurerstreik, an dem auch die Mitglieder unseres Ortsvereins beteiligt waren.

Dr. Max Girsich hat von jeher für die Errichtung von Schiedsgerichten zur Schlichtung gewerblicher Streitigkeiten Propaganda gemacht. Schon in den Jahrgängen des „Gewerkverein“ von 1869 und 1871 finden wir dahingehende Aufsätze von ihm. Kein Wunder, daß auch sein Freund Schulze-Delitzsch diesem Gedanken anhing und für seine Verwirklichung eintrat. Hier lassen den Wortlaut des interessantesten Briefes hier folgen:

Wobolshampton, 7. August 1871.

Hochgeachteter Herr!

Ihr Brief beschäftigte mich, was ich schon früher in den Zeitungen gelesen hatte, daß im Baugewerk in Berlin große Bewegung herrscht und ein Streik im Gange ist.

Streiks bei den Baugewerken waren vordem in England sehr häufig, woraus sowohl für die Meister als auch für die Arbeiter verberbliche Folgen hervorgingen. Vor 8 Jahren führte ich ein Schiedsgericht ein, durch welches derartige Streiks fast gänzlich vorgebeugt worden ist. Ich glaube, daß das, was hier soviel Erfolg gehabt hat, auch ebenso erfolgreich bei dem intelligenten deutschen Volke sein wird, und die jegliche Aufgabe der Kaiserstadt Berlin ist es, dem ganzen deutschen Reich ein kluges und patriotisches Beispiel zu geben.

Ich will Ihnen sagen, wie dieser wichtige Zweck erreicht werden kann, indem ich das Maurergewerk als Beispiel aus meiner eigenen Erfahrung hinstelle.

1. Es müssen die Maurergefellen von Berlin zusammentreten und aus ihrer Mitte 6 Vertreter wählen, auf die sie sich mit Sicherheit verlassen können, und diesen Vertretern die Vollmacht erteilen, zugunsten des ganzen Gewerks mit den Meistern zu unterhandeln.

2. Die Meister sind einzuladen, ihrerseits 6 Vertreter zu wählen, die mit den von den Gefellen gewählten zusammentreten.

3. Wenn die 12 Vertreter, welche wir in England Schiedsmänner (arbitrators) nennen, gewählt sind, würden sie zusammentreten und einen Schiedsbeamten wählen müssen. Der Schiedsbeamte müßte ein verständiger und rechtlicher Mann sein, auf den man unbedingtes Vertrauen setzen könnte, und dürfte seinerseits mit dem Baugewerk in Verbindung stehen. Der Gerichtshof, das ist das Entscheidungsamt (Schiedsgericht), ist damit konstituiert.

4. Das Entscheidungsamt müßte unverzüglich unter dem Vorsitz des Schiedsbeamten zusammentreten und über sämtliche Angelegenheiten, in welchen die Meinungen der Meister und Gefellen auseinander gehen, diskutieren. Diese Diskussion muß auf beiden Seiten vollständig frei sein, keiner darf sich zurückhalten lassen, seine Ansicht offen auszusprechen. Ich selbst besolte die Praxis, diejenige Seite zur Eröffnung der Diskussion einzuladen, welche den sich beklagenden

Teil vertritt. In Berlin würden dies nach meiner Voraussetzung in diesem Falle die Gefellen sein. Der Schiedsbeamte, welcher am oberen Ende des Tisches seinen Platz hat, während die Vertreter der Gefellen auf der einen und die der Meister auf der anderen Seite sitzen, hätte nun die Gefellen zur Parteilichkeit ihrer Angelegenheit aufzufordern und jeden einzelnen derselben der Reihe nach anzuhören. Alsdann fordert er die Meister zur Erwidmung auf. Wenn der Obmann alle Darstellungen und Meinungen auf beiden Seiten über die betreffende Streitfrage gehört hat, wird er imstande sein, den Fall zu beurteilen und kann, wenn es erforderlich ist, ihnen Ratsschläge zur Beachtung erteilen zu dem Zwecke, die Meinungen hierdurch zu einem gegenseitigen Einverständnis zu führen. Ueber diese sowie über irgend sonstige Ratsschläge von der einen oder der anderen Seite müßte mit Ruhe und Überlegung diskutiert werden, nicht in der itrenigen Form einer Debatte, sondern einer im verständlichen Geiste gehaltenen vertrauten Besprechung. In meiner Praxis hat dies Verfahren in 9 unter 10 Fällen zur Aufhebung von gegenseitig annehmbaren Bedingungen geführt. Wenn die Versammlung nach einer solchen Diskussion nicht einmütig ist, dann läßt der Obmann als Vorsitzender über die Frage abstimmen und die Entscheidung der Mehrheit wird alsdann bindend. Manchmal — indes sehr selten — geschieht es, daß die Stimmen gleich sind, weil die Vertreter der Meister sämtlich in der einen und die der Gefellen sämtlich in der anderen Richtung gestimmt haben. In diesem Falle hat der Obmann die entscheidende Stimme und gibt hierdurch in der Frage den Ausschlag. Wenn eine Entscheidung getroffen worden ist, entweder durch gegenseitiges Uebereinkommen oder durch die Stimmenmehrheit der Schiedsmänner oder durch die entscheidende Stimme des Schiedsbeamten, wird diese Entscheidung sofort niederschriftlich und von sämtlichen anwesenden Parteien unterzeichnet. Sie wird hierauf von dem Gewerk als Beschluß und endgültiges Erkenntnis des Entscheidungsamtes angenommen und als bindende Schlichtung des Streites anerkannt.

5. Der nächste Schritt ist, das Erkenntnis zur Nachachtung für das Gewerk zum Druck zu bringen. Es wird in 2 Formaten gedruckt, einem größeren, welches an der Arbeitsstätte und in dem Kontor eines jeden Meisters angehängt sein muß, und einem kleineren, welches der Arbeiter in der Tasche bei sich tragen kann.

6. Da dieses so gedruckte und veröffentlichte Erkenntnis tatsächlich ein Kodex von Gewerksregeln wird und die Grundlage von Verträgen zwischen Meistern und Gefellen bildet, müßte es auch die wesentlichen Bedingungen eines derartigen Vertrages enthalten, d. h. in Betreff der Höhe des Lohnes, der Arbeitsstunden, der Extrazugaben, wenn solche stattfinden, für über die Arbeitszeit und an öffentlichen Feiertagen ausgeführte Arbeit und dergleichen; und diesen Bedingungen hätten sich die Gefellen zu unterwerfen, auch wenn weder Meister noch Polizei zur Verteilung von Anordnungen zugegen ist.

7. Das Erkenntnis hätte auch Vorkehrungen zu treffen, wie kleinere im Laufe der Arbeit vorkommende persönliche Streitigkeiten geschlichtet werden können, ohne das ganze Entscheidungsamt zusammenzuberufen. Dies kann nur geschehen, indem vorgesehen wird, daß aus den 12 Schiedsmännern 2, nämlich einer von jeder der streitenden Parteien gewählt werden können, welche beide Parteien anhören, und wenn es erforderlich ist, die Arbeit in Augenschein nehmen. Ihre Sache ist alsdann, in freundschaftlicher Weise zu erklären, was sie in diesem Falle für das Richtige halten.

8. Bei den Baugewerken wird es sowohl für die Meister als auch für die Gefellen von großem Vorteil sein, die Höhe des Lohnes und andere Vertragsbedingungen für die Dauer einer ganzen Kaufaison festzusetzen. In England erteilt sich eine solche vom Frühling des einen bis zum Frühling des nächsten Jahres. Diese Festsetzungen werden nach Verlauf einer auf diese Weise begrenzten Kaufaison aufs neue in Betracht gezogen, wenn eine von beiden Parteien der anderen 2 Monate vorher Nachricht gegeben hat. Dieses System setzt die Meister in den Stand, ohne Vorwissen größerer Kontrakte einzugehen, und gibt den Gefellen eine Sicherheit in Betreff des Lohnes, auf die sie sich verlassen können.

Ich habe Entwürfe von Statuten für die Baugewerke beiliegend, welche von Entscheidungsämtern verfaßt worden sind, und die ich Ihnen durch die Post zugehen

lassen werde. Sie werden dann sehen, was unsere Entscheidungsämter umfassen, wie unsere Sache gehandhabt wird, und welche Erfolge wir dadurch erzielt haben.

Gestatten Sie mir, ehe ich diesen Brief abschicke, noch mit einigen auf lange Erfahrung gegründeten Ratsschlägen an die Meister und Gefellen von Berlin mich zu wenden.

Zuerst möchte ich den Meistern sagen, daß eine längere Fortsetzung des alten Verhältnisses der Herrschaft und Unterordnung durch den Meister und Gefellen nicht mehr möglich ist. Ihr seid nicht länger Herr und Knecht, sondern die Käufer und Verkäufer von Arbeit. Deshalb sollte ebensoviele Untertänigkeit auf der einen Seite sein als Bevormundung auf der anderen. Handelt daher miteinander nicht in einem feudalen, sondern in einem kaufmännischen Geiste. Damit wird alle Schwierigkeit in der Unterhandlung mit Euren Arbeitern verschwinden, und Ihr werdet die Gewerkvereine, die Ihr jetzt als einen Feind beargwöhnt, vielmehr als einen Bundesgenossen achten. Endlich werdet Ihr es vorteilhafter und angenehmer finden, in Betreff der Arbeitskräfte mit Gewerkevereinigungen im Großen zu unterhandeln, als sie von jedem einzelnen Arbeiter im Kleinen zu kaufen.

Den Arbeitern sage ich: Eure Politik muß eine aufbauende, keine zerstörende sein. Errichtet für Euch selbst eine Organisation der Arbeit, durch welche Eure Lage fortwährend gehoben werden kann; aber wißt, daß dies nur mit Geduld und Ausdauer erreicht werden kann. Ihr könnt nicht plötzlich alte Gebräuche zusammenfügen, ohne Euch selbst am ersten und schlimmsten durch den zu plötzlichen Wechsel zu schaden. Andererseits könnt Ihr durch vorsichtige, richtig geleitete und wohl aufrecht erhaltene Verbesserungen in verhältnismäßig kurzer Zeit das Kapital Euch dienbar machen, anstatt Euch von demselben beherrscht zu lassen. Im Eurer selbst willen lege ich Euch ans Herz, während dieser Probezeit alles zu vermeiden, was die gesellschaftliche Ordnung beeinträchtigen könnte. Soziale Desorganisation würde Eure Hoffnungen zerstören, weil sie den Wert des Kapitals beeinträchtigen würde, wenn an Euch selbst die Reize kommt, daselbe zu Eurem eignen ausschließlichen Nutzen zu verwenden.

Schließlich rufe ich Meistern und Gefellen eindringlich zu: Vermeidet beiderseits Arbeitsstellen und Arbeitsstellen, vermeidet jede Reibung, die eine Unterbrechung der Arbeit zur Folge haben kann, da hierdurch ein unerföhrlicher Verlust für den Kapitalisten sowohl wie für den Arbeiter hervorgerufen wird! Der Kunde, von welchem Ihr beide abhängig seid, folgt Euren Bewegungen. Er wird das Geld nicht hingeben zu einer unruhigen Zeit, wo die Preise in der Aufregung festgesetzt sind, er wird vielmehr ruhigere Zeiten abwarten. Alsdann sieht er, daß die Preise nach reichlicher Erwägung, wobei die Interessen aller betroffenen Parteien gehörig ins Auge gefaßt wurden, festgesetzt sind: Jedoch nur dann wird er sein Kapital freiwillig auf das Bauen verwenden, und nur dann wird der Markt für Arbeit und Kapital bei dem Baugewerk sich zu einem solchen gestalten, auf den vorsichtige Leute mit Zuversicht rechnen dürfen.

Endlich bitte ich Euch beide, eine ernste Verständigung hinzunehmen, daß das sicherste Verfahren während der gegenwärtigen Uebergangsperiode in den Beziehungen zwischen Meistern und Gefellen die unter gegenseitigem Vertrauen übernommene Gründung von Entscheidungsämtern ist, wie sie schon einer Menge der großen englischen Gewerke mit bedeutendem Markte den Frieden gegeben haben.

Gebührendes  
gez. Robert Kettle,

Richter des Provinzialgerichts zu Worcesterhire.

Das Schreiben läßt den Wert der Schiedsgerichte klar erkennen. Besonders hingewiesen zu werden verdient auch auf den edel englischen Geist des

gesunden Menschenverstandes, der namentlich am Schluß des Briefes zum Ausdruck kommt. Schulze-Delisch hat übrigens auch die darin vertretenen Grundzüge praktisch verwertet, indem er sich in den Debatten des deutschen Reichstages im Frühjahr 1873 darauf berief, als er die gesetzliche Regelung der Verhältnisse der freien Kranken- und Invalidenfassen, namentlich derjenigen der Deutschen Gewerbevereine, verlangte.

Von der Sozialdemokratie sind Dr. Max Stirch und Schulze-Delisch wegen ihres Eintretens für die Schiedsgerichte und Einigungsämter viele Jahre hindurch heftig bekämpft und verhöhnt worden. Die Erfahrung aber hat ihnen recht gegeben. Denn auch i. auf sozialdemokratischem Boden stehenden Gewerkschaften haben die von den beiden Männern vertretenen Grundzüge in der Praxis längst anerkannt. Das widerspricht allerdings der Klassenkampfdie und liefert einen neuen Beweis dafür, daß die von unseren ersten Führern gelehrten Anschauungen mehr und mehr Gemeingut aller deutschen Arbeiter werden.

### Der Kampf um die Jugend.

Zur Behandlung der Frage der Jugendorganisation hatte die „Soziale Kommission“ der Berliner Ortsvereine die Auszubildungsmitglieder und die Obmänner der Gewerbegerichtswohlschlechte zum 14. Oktober zu einer Versammlung eingeladen. Für diese Veranstaltung hatte Herr Viz. Sollmann-Nikolašee das Referat übernommen, das in Form und Inhalt so bedeutend war, daß wir es unseren Lesern wenigstens in seinen Grundzügen nicht vorenthalten zu sollen glauben. Der sympathische Redner führte ungefähr folgendes aus:

Der Kampf um die Geminung der Jugend ist jetzt akut geworden. Dabei hat die Jugend selbst stets hart zu ringen gegen Feinde mancherlei Art. Diese Kämpfe aber und der Sieg über allerlei Anfechtungen stärken die Jugend, sind daher auch notwendig. Nur der Eichenbaum, dessen Krone gehörig durch Sturm geschüttelt worden ist, bildet sich aus zum knorrigen, festen, gesunden Stamm. Keine Nation kann eine verweichlichte Jugend gebrauchen.

Die Gefahren, welche die heutige Jugend zu überwinden hat, sind aber unendlich viel größer als früher. Die Nation hat daher die Pflicht, der Jugend in diesem Kampf ermunternd, helfend und fördernd zur Seite zu stehen. Einer ihrer schlimmsten Feinde ist die Schundliteratur. Auflagen in der Stärke von 300 000 Exemplaren werden förmlich auf die jungen Menschen losgelassen. Die Kinematographen erzeugen bei der Jugend ebenfalls oft schädliche Phantasiegebilde. Auch die auf Effekt berechnete Kunst, besser als Schundkunst bezeichnet, bringt schwere Gefahren mit sich. Die Erzeugnisse brauchen gar nicht unsittlich zu sein, um schlechte Beispiele zu geben. Sie führen aber die Kinder in eine unsinnige Welt, zeigen ihnen ein Leben, wie es sich in der Wirklichkeit gar nicht abspielt. Verbordene Phantasie veranlaßt dann oft, daß die jugendlichen Personen sich die Köpfe einrennen an den harten Wirklichkeiten des Lebens. Daneben bestehen die großen allgemeinen Gefahren in der modernen Entwicklung. Das Zurechtfinden ist heute viel schwerer. Gerüttelt wird an allen Dingen: an Religion, Vaterlandsliebe usw. Für die Jugend bieten sich keine festen Linien. Deshalb ist der Kampf um die Jugend, der ihre Leitung und Ausbildung bezweckt, nützlich und notwendig.

Dieser Kampf ist auch aufgenommen worden von der Sozialdemokratie. Mit Fähigkeit, Energie und Organisationstalent ist sie an die Sache herantreten. Gut ist an ihren Bestrebungen der wirtschaftliche Schutz, der Kampf gegen die Schundliteratur, der sittliche Schutz und die Anti-Alkoholbewegung. Es fehlen indessen völlig die ethischen Grundzüge. Die gute Seite wird auch aufgehoben durch die Einrichtung einer bestimmten Weltanschauung. Das Eindringen auf den historischen Materialismus, diese längst überwundene Weltanschauung, ist eine Verflüchtigung an der Jugend. Die Entscheidung in den Weltanschauungsfragen muß der Jugend selbst überlassen bleiben. Die Sozialdemokratie bewirkt durch ihr Vorgehen eine Zerflüchtigung des Volksganzen, erzieht die Jugend zum Klassenhaß, entfremdet sie allem anderen. Verstandige Sozialdemokraten wünschen denn auch diese verheerende Vergiftung der Jugend nicht. Die Praxis geht aber über den Willen dieser Einsichtigen hinweg. Das zeigen die proletarischen Märchenbücher, in denen die Gegner der „modernen Bewegung“ als böse Geister usw. hingestellt werden.

Der Kampf um die Jugend muß zunächst durch die Familie geführt werden; sie ist die beste Stätte. Die wirtschaftlichen Verhältnisse hindern

indessen hier oft eine wirksame Betätigung. Tausende von Kindern müssen fremden Menschen überlassen werden, Mutter und Vater werden ihnen durch das moderne Erwerbsleben geraubt. Es fehlt es den Eltern auch an Lust, Zeit und der notwendigen Frische; die Särten des wirtschaftlichen Lebens haben sie ihnen genommen. Die Familie muß aber wieder mobil gemacht werden für diese Bestrebungen, denn die Pflicht der Eltern besteht nicht allein in dem Gewähren von Essen und Trinken, auch Erziehung muß gegeben werden. Auch die Schule arbeitet hervorragend. Es ist aber eben Schule, es ist Zwang, Disziplin und Drill. Ihre Arbeit beschränkt sich auch auf die Zeit bis zum 14. Jahr. Ebenso fängt die Fortbildungsschule an, die Jugend über die eigentliche Schulzeit hinaus zu beschäftigen. Ueber die Unterrichtszeit hinaus will sie ein menschliches Band knüpfen. Das Vorgehen befindet sich erst in den Anfängen; es trägt aber auch den Charakter des Zwanges. Zuerst begonnen mit der Bearbeitung der Jugend hat die Kirche. Sie hat aber die Jugend hineingezwängt in kirchliche Dinge. Diese aber gehören in die Straße und nicht in die Jünglingsvereine, die deshalb nicht die ganze Jugend umfassen können.

Wirklich erfolgreiche Arbeit kann und muß getan werden durch die breiteste und weiteste Öffentlichkeit. Alle müssen sich verpflichtet fühlen, jeder muß sich betätigen. Es müssen besondere Jugendvereine gegründet werden. Jugend will immer bei Jugend sein, nicht immer im Hause, nicht immer bei Müttern. Wie soll nun die Arbeit aussehen? Turnen, Spiel und Sport sind an und für sich gut, führen aber zu leicht zu Uebertreibungen. Der Jugend muß zwar der Körper gestärkt werden, sie muß den Körper in die Gewalt bekommen. Das Ziel genügt jedoch nicht. Immanuel Kant sagt so schön: „Es gibt nichts auf der ganzen Welt, was gut genannt werden kann, als den guten Willen.“ Dieser muß vor allem bei der Jugend gestärkt werden. Eine zweite Richtung pflegt die Geselligkeit. Die kommunen Charlottenburg, Kirdorf, Magdeburg u. a. haben großartige Jugendheime eingerichtet. Sie bieten guteingerichtete Räume, Bibliotheken, belehrende Vorträge und interessante Spiele. Aber auch diese Dinge genügen nicht. Das Beste tritt dabei zurück, der feste Wille. Die Kaldbildung wird dadurch gefördert, die feine wirkliche Bildung ist. Es werden auch bei den jungen Leuten Ansprüche erweckt, die ihnen das spätere Leben nicht bieten kann.

Außer Spiel und Sport, außer Belehrung muß der Jugend Gelegenheit geboten werden zu der Erkenntnis, was gut und böse ist und warum. Es muß eine Art Lebenskunde gelehrt werden. Von den äußeren Dingen des wirklichen Lebens muß der Blick der Jugend lengeleitet werden auf die unsichtbaren Dinge; der feste Wille muß wachgerufen, die Liebe zum Nächsten anerzogen werden. Die Erreichung dieses Zieles hat sich der Bund deutscher Jugendvereine gestellt, dessen Vorsitzender der Vortragende ist. Ganz Deutschland umfassend, hat der Bund eine gute Entwicklung zu verzeichnen. Er will keine weitere Zerplitterung, sondern Sammlung. Ernste und wohlmeinende Männer müssen diese Bestrebungen unterstützen, die um die Jugend kämpfen wollen, allein um der Jugend willen. Auch die Gewerbevereine müssen diese Ziele fördern. Wer das Vaterland lieb hat, der muß um die Jugend kämpfen, denn die Jugend bedeutet die Zukunft des Vaterlandes!

Reicher Beifall lohnte die von warmer Liebe zur Jugend getragenen Ausführungen. Dem Vortrage folgte eine interessante Diskussion, die zur einstimmigen Annahme einer Entschließung führte. Die Entschließung überweist die Frage der Jugendorganisation zunächst den Obmännern der Wahlbezirke in Berlin. Dabei soll beachtet werden, daß die Bildung von Jugendorganisationen innerhalb der Gewerbevereine mit eigener Verwaltung nicht angebracht ist. In den einzelnen Bezirken sind später Jugendabteilungen zu bilden. Die Soziale Kommission errichtet einen Jugendausschuß, zu dem auch interessierte Freunde, z. B. Lehrer usw., hinzugezogen werden können. Die Jugendbewegung soll eine von freiheitlich-nationalem Geiste getragene, allgemeine Bildungsbewegung sein und soll folgende Veranstaltungen pflegen:

1. belehrende Vorträge allgemein wissenschaftlicher Art und Richtbilderdarstellungen,
  2. Unterhaltungsabende, Rezitationen,
  3. sachwissenschaftliche und ähnliche Bildungskurse,
  4. Sportveranstaltungen, Wandertouren usw.
- Gewerbevereine sowie politische Tages- und Zeitfragen sind in den Jugendabteilungen nicht zu behandeln. Die Gewerbevereine sollen dann weiter ersucht werden, für die Jugend geeignete Flugblätter herauszugeben, und die Verbandsleitung

soll prüfen, ob ein Zusammenarbeiten mit den Vereinigungen des deutschen Jugendbundes möglich ist.

Die Entschließung soll zunächst lediglich die Grundlage für die weitere Verprechung der Frage geben. Öffentlich fördert die Energie der Berliner Kollegen den ins Auge gefaßten Plan zum Wohle der Jugend!

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 22. Oktober 1909.

Gegen den Zwangsarbeitsnachweis des Zeichenverbandes haben die Vorstände der vier Bergarbeiterorganisationen Eingaben an den Zeichenverband sowohl wie auch an den preussischen Minister für Handel und Gewerbe gerichtet. In der ersten wird der Arbeitsnachweis in der geplanten Form für die Arbeiter als unannehmbar bezeichnet. Es wird gegen seine Errichtung Einspruch erhoben und beantragt, falls überhaupt ein Arbeitsnachweis errichtet werden solle, ihn auf paritätischer Grundlage aufzubauen. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die vom Zeichenverband geplante Form das Recht der Freizügigkeit und der Organisation aufzubeugen geeignet sei und als eine Umgehung gesetzlicher Vorschriften und ein Verstoß wider die guten Sitten bezeichnet werden müsse.

In der Eingabe an den Minister werden zunächst dieselben Gedanken zum Ausdruck gebracht. Weiter aber wird darauf hingewiesen, daß dieser Zwangsarbeitsnachweis schädlicher wirken würde als das System der schwarzen Listen. Auch in dieser Eingabe wird um Errichtung des Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage ersucht. Im Interesse des wirtschaftlichen Friedens wird der Minister gebeten, zugunsten der Arbeiter vermittelnd einzugreifen. Gleichzeitig wird an ihn das Ersuchen gerichtet, die Einführung von Tarifverträgen im Bergbau möglichst zu fördern. Denn eine der Hauptursachen des vielfachen Belegschaftswechsels, dessen Einschränkung angeblich die Einführung des Arbeitsnachweises bezwecken soll, würde durch die Einführung von Tarifverträgen fast völlig beseitigt werden.

Am Dienstag wurden diese Eingaben abgehandelt. Leider hat es den Anschein, als wenn die Grubenbarone des Ruhrreviers den Wünschen der Arbeiter kein Gehör schenken wollen. Wie die „Ahein. Weltf. Ztg.“ aus bergbaulichen Kreisen erfährt, werde der Zeichenverband es überhaupt ablehnen, mit den Bergarbeiterverbänden über die Einführung des Arbeitsnachweises zu verhandeln. Er liehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die in der Siebenerkommission vertretenen Arbeiterverbände keine Vertretung der Gesamtbelegschaft darstellen.

Sollte sich diese Meldung bewahrheiten, so käme darin das Prokernum zum Ausdruck, das man an den Grubenmagazinen des Westens schon öfter hat beobachten können. Sie bedauern damit eine Gefahr heraus, deren Größe sie offenbar nicht zu überblicken vermögen. Denn es ist klar, daß die gewaltige Erbitterung, die ohnehin schon in den Kreisen der Bergarbeiter besteht, durch solche Zwangsmaßnahmen noch vermehrt wird und schließlich zu einem gewalttätigen Ausbruch führt.

Der Kampf um das Koalitionsrecht in Duedlinburg dauert fort. Unsere an der Bewegung beteiligten Kollegen vom Ortsverein der Gärtner erfreuen sich dabei der Sympathie der gesamten Bürgerschaft. Für deren Stimmung sind mehrere Vorfälle recht bezeichnend. Einer unserer streikenden Kollegen wurde von einem angesehenen Bürger gleichsam als Protest gegen den schamlosen Koalitionsrechtsraub als Privatgärtner angestellt. Ein anderer wurde nach Braunschwieg engagiert und wird dafür sorgen, daß dort ein Ortsverein der Gärtner ins Leben gerufen wird. Einem Gärtnereibesitzer, namens Sattler, der als Gegner des Koalitionsrechtes bekannt ist, wurde für seine Haltung folgende Quittung präsentiert: Bei der Auffstellung der Kandidaten zu einer Stadtverordnetenwahl war auch der genannte Herr in Vorschlag gebracht worden. Wegen seiner Gegnerlichkeit zum Koalitionsrecht aber und weil er den streikenden Gärtnern gegenüber eine feindselige Haltung eingenommen hatte, rasselte er einfach durch und wurde von der Kandidatenliste gestrichen.

Öffentlich gelingt es, die Streikenden an anderen Orten unterzubringen, damit die Saat, welche die Koalitionsrechtsräuber ausgestreut haben, an möglichst vielen Orten reiche Ernte trägt. Die Verbandskollegen aber ersuchen wir, die Sammlungen für die Kämpfenden fortzusetzen und eingegangene Gelder umgehend an den Verbandskassierer, Kollegen Klein, Berlin N.D. 55, Greifswalderstr. 221-23, zu senden.

Zur Neuregelung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen, die auf Grund der Gewerbeordnungs-novelle vom 1. Januar 1910 erfolgen wird, be-  
wortet der Deutsche Handelstag, daß

1. vor dem Erlaß der Ausführungsbestimmungen zu der neuen Fassung des § 138a und des § 139a die Handelskammern und Vertreter der beteiligten Ge-  
werbebezirke ausreichende Gelegenheit zu einer gut-  
achtlichen Äußerung gegeben werde;

2. der Bundesrat von der ihm durch § 139a ver-  
liehenen Befugnis zum Erlaß erleichterender  
Vorkehrungen in weitem Umfang Gebrauch mache  
und den hierauf gerichteten Anträgen nach Möglich-  
keit entspreche;

3. der Bundesrat insbesondere der Kleider-  
und Wäschekonfektion die gemäß § 139a zu-  
lässigen Erleichterungen in vollem Maße gewähre,  
indem er die Auswahl der Tage für die Ueberarbeit den  
Arbeitgebern überlasse und ihnen zur Kontrolle nur  
Vorschläge, an einer in die Augen fallenden Stelle der  
Beschäfte eine Tafel auszubängen, auf der jeder Tag,  
an dem Ueberarbeit stattfindet, vor Beginn der letz-  
teren einzutragen sei.

Die §§ 138a und 139a enthalten die neuen Be-  
stimmungen über die Zulassung einer mehr als  
10stündigen Arbeitszeit für Arbeiterinnen und die  
Befugnisse des Bundesrats über die Regelung die-  
ser Ausnahmen. Gewiß soll dabei den Interessen  
der Industrie möglichst Rechnung getragen werden.  
Der Hauptzweck der neuen Vorschriften soll der  
Schutz der Arbeiterinnen vor übermäßiger Ausbeu-  
tung sein. Dieser Gedanke allein muß die Nicht-  
scharn sein für die Abfassung der Ausführungs-  
bestimmungen. Sonst hätte die ganze Gewerbe-  
ordnungs-novelle keinen Wert.

Von einem Beamtenorganisationsgesetz, das  
die preussische Regierung dem Landtage vorlegen  
will, ist in der Presse in letzter Zeit mehrfach die  
Rede gewesen. Der Zweck des Gesetzes sollte sein,  
die Organisationen der Beamten unter die Auf-  
sicht der Behörden zu stellen, vor allen Dingen aber  
ein Ueberwachungsrecht über die Beamtenpreise zu  
erhalten. Die Nachricht wurde in den offiziellen  
Blättern einfach demontiert. Demgegenüber aber  
halten die „Deutschen Nachr.“, ein Beamtenblatt,  
die Behauptung aufrecht, daß doch ein solches  
Gesetz von der preussischen Regierung geplant  
werde. „Will man uns abiolut zwingen“, so  
schreibt das genannte Blatt, „den ganzen Wortlaut  
des Entwurfs zu veröffentlichen? Uns kann es  
recht sein!“ Danach scheinen die „Deutschen Nachr.“  
wirklich gut unterrichtet zu sein. Anstatt aber  
solche dunklen Andeutungen zu machen, täte das  
Blatt besser, wenn es wirklich mit der Veröffentlichung  
des Entwurfs herausrückte. Wozu diese  
Geheimnisträumerei?

Arbeiterbewegung. Die Beteiligung am  
Streik im Mansfelder Kohlenrevier  
nimmt noch immer zu. Die Zahl der Streikenden  
hat 6000 bereits überschritten. Es besteht die Ge-  
fahr, daß auch die Belegschaften der Eisleber  
Schächte sich der Bewegung anschließen. — Der  
Streik in der Wolfischen Zelluloidware-  
fabrik in Nürnberg, in dessen Verlauf es  
verschiedentlich zu heftigen Zusammenstößen ge-  
kommen ist, ist nach vierteljährlicher Dauer beigelegt  
worden. — In Blauen, Vogtl., haben die  
Steinfeser und Kammer beschloffen, die  
Arbeit niederzulegen. Bemerkenswert ist dabei,  
daß auch die Gelben die Bewegung mitmachen. —  
Ein größerer Kampf droht in der Schwarz-  
industrie von Frankfurt a. M. und Um-  
gebung auszubrechen. In der Schuhfabrik von  
Herz in Frankfurt a. M., die über 500 Arbeiter be-  
schäftigt, sind Lohndifferenzen entstanden, an denen  
zunächst nur die Zuschneider beteiligt waren. Als  
diese die Arbeit niederlegten, wurde der Betrieb  
überhaupt geschlossen. Die Vereinigung der  
Schneidfabrikanten Frankfurts und Umgegend hat  
beschloffen, sämtliche Arbeiter auszusperren, wenn  
nicht bis zum 21. d. M. die Kündigung der Zu-  
schneider juristisch angenommen ist.

Die Fahnenflucht im deutsch-nationalen Hand-  
lungsgehilfenverbande ist in diesem Jahre be-  
sonders groß. Wie die „Deutsche Handelsnachr.“, das  
Organ der genannten Organisation, mitteilt, war  
die Zahl der Austritte in den Monaten Juli  
und August größer als in den gleichen Monaten des  
Vorjahres. Um wieviel größer sie war, wird nicht  
angegeben. Die Herren werden schon wissen,  
warum. Für den Monat September wird man  
schon deutlicher. Es wird nämlich gelagt, daß  
dieser Monat den Deutsch-Nationalen etwa 8000  
Austritte gebracht habe, gegen 3500 im September  
des vorigen Jahres. Der starke Mitglieder-  
rückgang kann also auf jener Seite nicht ge-  
leugnet werden. Man wird aber gut tun, auch die an-  
gegebenen Zahlen mit Vorsicht aufzunehmen. Bes-  
halb werden sie nicht genau genannt? Beshalb

sagt man „etwa“ 8000? Wahrscheinlich sind sie in  
Wirklichkeit noch größer. Zu diesem Verdacht muß  
man kommen, wenn man in demselben Artikel liest,  
die Verbandsleitung habe gehofft, von den 120 000  
Mitgliedern am Jahresanfang 100 000 in das  
neue Jahr hineinzuwahren. Bei anderen Ge-  
legenheiten aber wurde schon von einer Mitglieder-  
zahl von 125 000 gesprochen. Wenn es also zu  
renommieren gilt, dann werden die Zahlen recht  
hoch angegeben, handelt es sich aber um die Aus-  
tritte, dann sucht man die Zahlen möglichst niedrig  
hinzustellen. Aber wie dem auch sei. Auf alle  
Fälle können erhebliche Mitgliederverluste auf  
jener Seite nicht mehr geleugnet werden. Viel-  
leicht ist das ein Zeichen dafür, daß das wahre  
Weien jenes Handlungsgehilfenverbandes mehr  
und mehr von den Angestellten erkannt wird. Ge-  
spannt darf man auch darauf sein, wie sich die  
Mitgliederbewegung im Monat Oktober gestalten  
wird. Denn daß die Schadaffäre ganz spurlos an  
den Deutsch-Nationalen vorübergehen wird, ist nicht  
anzunehmen. Wir haben wenigstens das Ver-  
trauen zu der deutschen Handlungsgehilfenchaft,  
daß das eigenartige Verhalten der Verbandsleitung  
in der Schadischen Triolenaffäre manchem verblen-  
deten jungen Mann die Augen über das Weien  
jenes Verbandes geöffnet hat.

Eine deutliche Abjage an die christlichen Ge-  
werkschaften bedeutete ein Artikel, den der Redak-  
teur Ziegenfuß Ende Juli im „Säch. Evangel.  
Arbeiterblatt“, dem Organ der evangelischen Ar-  
beitervereine im Königreich Sachsen, veröffent-  
lichte. Wir haben uns in Nr. 61 des „Gewerk-  
verein“ eingehender damit beschäftigt. Herr Franz  
Behrens fühlte sich durch diesen Artikel getroffen  
und brachte im christlich-sozialen „Reich“ und in  
der „Staatsbürger-Zeitung“ einen Gegenartikel,  
der eine Zurückweisung jener Angriffe be-  
deuten sollte. Die betreffenden Nummern des „Reich“  
und der „Staatsbürger-Zeitung“ sind nun in zahl-  
reichen Exemplaren anonym in die Vereine des  
sächsischen Landesverbandes evangelischer Arbeiter-  
vereine geschickt worden, was in der Vorstands-  
sitzung des genannten Verbandes lebhafteste Ent-  
rückung erweckte. Es wurde eine Erklärung ange-  
nommen, in der es zum Schlusse heißt:

„Es ist dadurch teilweise der Eindruck hervor-  
gerufen, als sei die Verwendung seitens des Landes-  
verbandes-Vorstandes geschehen. Der Landesverband-  
Vorstand vermahnt sich energisch gegen diesen Vor-  
wurf, verurteilt aber auch das anonyme Vor-  
gehen des Verfassers als unanständig  
und erklärt, daß er sich soll und ganz  
mit dem Verhalten seines Redakteurs  
einverstanden erklärt.“

Das ist eine moralische Ohrfeige für die Christ-  
lichen, die sie noch lange fühlen werden. Denn es  
ist gar kein Zweifel, daß die anonyme Zusendung  
an die sächsischen evangelischen Arbeitervereine von  
christlicher Seite ausgegangen ist. Wer hätte denn  
sonst ein Interesse daran? Der betreffende Herr  
hat also durch seine „vornehme“ Kampfesweise  
gerade das Gegenteil erreicht von dem, was er er-  
reichen wollte. Und das war gut so!

Der Zentralverband deutscher Industrieller  
hat vergangene Woche in Berlin eine Ausschü-  
ßung abgehalten, in welcher zunächst Stellung  
zum Hansabunde genommen wurde. Wir werden  
uns damit in einer der nächsten Nummern be-  
sonders beschäftigen. Des weiteren aber wurde be-  
schlossen, einen besonderen Wahlfonds zu schaffen,  
für den folgende wesentliche Normen aufgestellt  
wurden:

„Unterstützung aus dem Fonds soll den Wahl-  
kandidaten aller bürgerlichen Parteien zuteil werden,  
von denen die Vertretung der Interessen der  
Industrie im Sinne des Zentral-  
verbandes sicher zu erwarten ist. Der Wahl-  
fonds soll von einer Kommission zusammen mit der  
von ihr zu errichtenden und unter ihrer Leitung stehenden  
Geschäftsstelle, vollkommen unabhängig vom Zentral-  
verbande deutscher Industrieller, gesammelt, verwaltet  
und verwendet werden. Der Beitrag zum Wahlfonds  
soll nach der Bestimmung der Kommission in einem  
Prozentsatz von der jährlich gezahlten  
Lohnsumme bestehen. Die Unternehmer sollen diesen  
Beitrag als eine freiwillig übernommene, für  
längere Zeit zu zahlende Steuer ansehen.“

Dem Hansabund wird durch diesen Beschluß  
eigentlich ins Handwerk gepfuscht. Bedenklich ist  
auch die Art, wie dieser Wahlfonds zustande kom-  
men soll. Es besteht dabei nämlich die Gefahr,  
daß die Herren Industriellen, um möglichst wenig  
an dieser „freiwilligen Steuer“ zu zahlen, darauf  
hinwirken, recht wenig Löhne zu zahlen und diese  
deshalb zu drücken versuchen. Gespannt darf man  
auch sein, welche Stellung die mit Hilfe dieses  
Wahlfonds eventuell gewählten Abgeordneten zu  
den Fragen der Sozialpolitik einnehmen werden.  
Sicherlich wird der Geist des Herrn Dr. Bued, der

der Macher der ganzen Sache ist, über ihnen  
schweben. Der Vorschlag eines Berliner Blattes,  
jene Abgeordneten sollten sich zu einer besonderen  
Fraktion zusammenschließen unter dem Namen  
„Die Kommis des Zentralverbandes“, erscheint  
demnach durchaus angebracht.

Die Wirkungen der Steuerreform machen sich  
im Brauereigewerbe jetzt ebenso deutlich fühlbar  
wie in der Tabakindustrie, und naturgemäß haben  
auch hier die Arbeiter am schwersten darunter zu  
leiden. Die Arbeitsgelegenheit hat sich derartig  
vermindert, daß Arbeitszeiteinschränkungen allein  
nicht mehr genügen, um den Arbeitsmangel aus-  
zugleichen; verschiedentlich ist der Arbeiterklamm  
auch bereits reduziert worden. So wird aus Leip-  
zig gemeldet, daß der dortige Brauereiverein Ar-  
beiterentlassungen vornehmen will, die durch einen  
50prozentigen Minderanstoß verursacht sind. Ja  
selbst im August machte sich schon ein empfindliches  
Ueberangebot am Arbeitsmarkt im Brauerei-  
gewerbe bemerkbar; im Reichsdurchschnitt kamen  
im August auf je 100 offene Stellen 308 Arbeit-  
suchende. Vornehmlich in Berlin machte sich ein  
drückendes Angebot von Brauereiarbeitern kennt-  
lich. Der Andrang auf je 100 offene Stellen be-  
trug nämlich in Berlin auf 306. In den an-  
deren Städten bzw. Gegenden ist der Andrang für  
Brauereiarbeiter nicht von der Bedeutung wie  
in Berlin. Immerhin ist in dem kleineren Ab-  
kommen, in dem sich Angebot und Nachfrage in Wirt-  
temberg bewegen, das Verhältnis zwischen bei-  
den äußerst bedenklich. Es kamen nämlich im  
Durchschnitt auf je 100 offene Stellen in Württem-  
berg 385 Arbeitssuchende. Im Königreich Bayern  
ist der Andrang geringer; er erreichte hier noch  
nicht ganz 280. In der Provinz Posen, wo haupt-  
sächlich weibliche Arbeitskräfte in Brauereien ver-  
langt werden, meldeten sich auf je 100 offene Stel-  
len nur 136, das ist im Verhältnis zum Gesamt-  
andrang ein verhältnismäßig geringer Andrang.  
Mit starkem Ueberangebot von Arbeitskräften sind  
jodann noch Rheinland-Westfalen, Königreich  
Sachsen, Baden und Hamburg zu nennen.

Die Zentralstelle der akademischen (studenti-  
schen) Arbeiterunterrichtskurse Deutschlands hielt  
am 9. und 10. Oktober in Berlin ihre 6. Konferenz  
ab. Aus zahlreichen deutschen Hochschulstädten  
hatten sich die Delegierten der studentischen Ar-  
beiterkurse eingefunden; außerdem wohnten den  
Verhandlungen die Vertreter verschiedener sozialer  
Vereine bei. Der Leiter der Zentralstelle berich-  
tete, daß dem Verbandsgegenwärtig die Ar-  
beiterkurse in 22 Hochschulstädten an-  
gehören. Im letzten Wintersemester wurden 7000  
bis 8000, im Sommersemester 5000 Arbeiter  
und Arbeiterinnen von fast 500 Studenten und Stu-  
dentinnen unterrichtet; auf fast 10 000 dürfte er-  
fahrungsgemäß die Zahl der Hörer im kommenden  
Winter anwachsen. In allen Teilen Deutschlands  
erleben Neugründungen; auch in Nichthochschul-  
städte tragen Studenten den Gedanken der Ar-  
beiterkurse; Ferienkurse werden dort errich-  
tet, zum Teil aber, wie am Rhein, auf konfessi-  
oneller Basis, so daß sie keinen Anschluß an den  
politisch und konfessionell streng neutralen Ver-  
band finden können. In fast allen europäischen  
Ländern wurden Beziehungen mit gleichstrebenden  
Unternehmungen angeknüpft, damit ihre Erfah-  
rungen den deutschen Kurien zugute kämen. In  
den nächsten Semestern wird es nun gelten, durch  
kleinere Arbeit innerhalb des Verbandes das Gesell-  
schaft zu konsolidieren und zu vervollkommen. So  
wurde der Antrag der Heidelberger Kurse all-  
gemein begrüßt, eine Monatschrift zu schaf-  
fen, in der die Erfahrungen der einzelnen Kurse  
der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden sollen.  
Die Vorarbeiten wurden einer Kommission über-  
wiesen. Lebhaft diskutierten man die Frage einer  
einheitlichen Statistik sämtlicher der  
Zentralstelle angeschlossener Organisationen. Es  
sollen einheitliche Fragebogen an die Zuhörer aus-  
gegeben werden, die sich auf die berufliche und  
außerberufliche Vorbildung der an den Kurien be-  
teiligten Arbeiter, das Milieu, in dem sie leben,  
und ihren Interessenskreis beziehen. Die von den  
Arbeitern ausgefüllten Fragebogen sollen an die  
Zentralstelle eingesandt werden, die das gesamte  
Material statistisch bewerten wird. Aus den Be-  
richten der Delegierten, die das eifrige  
Ausgestalten und Neuschaffen in allen Kurien ver-  
anschaulichten, sei hervorgehoben, daß vielfach — so  
in Charlottenburg, Münden, Heidelberg — beson-  
dere Bibliotheken für die Kursteil-  
nehmer gegründet wurden, um dadurch den oft  
so schweren ersten Schritt zur Beschäftigung mit  
wertvollen Büchern zu erleichtern. Das Bureau  
der Zentralstelle befindet sich in Berlin N. 24,  
Ellaßerstraße 23.

### Gewerkevereins-Teil.

1. **Kaiserkränzen.** Einen erfreulichen Erfolg hat unser Ortsverband zu verzeichnen. Den Bemühungen des Ausschusses ist es geglückt, den hiesigen Ortsverein des Brauereigesellenbundes zum Anschluß an unsere Organisation zu gewinnen. Im vorigen Jahre hatte derselbe sich den christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Das Verhalten der christlichen Gewerkschaftsführer bei der Reichsfinanzreform aber hat unter den Brauereigesellen eine derartige Erbitterung hervorgerufen, daß ihr Ortsverein in seiner Sitzung am 18. Oktober mit allen gegen 2 Stimmen beschloß, den christlichen Gewerkschaften den Rücken zu kehren und sich den Deutschen Gewerkevereinen anzuschließen. Der Verein ist überzeugt, und in dieser Überzeugung wird er nicht getäuscht werden, daß die Interessen seiner Mitglieder bei uns besser gewahrt sind als auf christlicher Seite. Der Verein sieht gut da, und wir werden dafür sorgen, daß er stets ein starkes Glied in unserm Ortsverbande bildet.

Georg Steiner, Ortsverbandschriftführer.

### Verbands-Teil.

#### Bekanntmachung.

An die Schriftführer der Ortsvereine von Groß-Berlin.

Vor wenigen Tagen haben die Kollegen Fragebogen zugesandt erhalten, welche bestimmt sind, die Bildungsbestrebungen unserer Ortsvereine zu erfassen. Die Fragebogen sollen die Grundlage geben zu einer wissenschaftlichen Arbeit. Die Versendung erfolgte mit unserer Zustimmung.

Wir eruchen die Kollegen, die Fragebogen in Gemeinschaft mit dem Bibliothekar des Ortsvereins recht sorgfältig auszufüllen und baldmöglichst an die angegebene Adresse einzufenden.

Berlin, 21. Oktober 1909.

Mit Gewerkevereinsgruß

Der geschäftsführende Ausschuss.

J. Reußert, Verbands-Sekretär.

Quittung über eingekamte Beträge für die Verbands- und Organische pro III. Quartal 1909.

**Handwerker:** Charlottenburg Nr. 9, 74. Bergarbeiter: Generalrat 285,30. **Bildhauer:** Generalrat 199,96. **Fabrik- und Handarbeiter:** Generalrat 868,02. **Frauen und Mädchen:** Generalrat 109,60. **Graphische Verufe und Maler:** Generalrat 243,10. **Holzarbeiter:** Generalrat 738,21. **Andach 1,30. Kaufleute:** Generalrat 1437,75. **Randbitter:** Generalrat 40,50. **Raschinenbau- und Metallarbeiter:** Generalrat 2004,80. **Arbon 0,60. Berlin VIII 0,83. Eulau 6,50. Gumbinnen 2,60. Koblau 0,65. Stettin 49,40. Sudenburg 1,30. Wetter 13,00. Schiffszimmerer:** Generalrat 82,94. **Schneider:** Generalrat 463,02. **Schuhmacher und Leder-**

**arbeiter:** Generalrat 616,80. **Textilarbeiter:** Generalrat 533,76. **Töpfer:** Generalrat 196,14. **Gemeindearbeiter:** Berlin 163,92. **Eisenbahner:** Generalrat 43,50. **Stein- und Hilfsarbeiter:** 131,60. **Rechtsflügel:** 5,60. **Brauer:** Breslau 13,30. **Dejau 4,20. Dresden 16,20. Görlitz 1,80. Hamburg 63,32. Jena 3,60. Magdeburg 9,90. **Privat:** Müller-Berlin 0,83. **Seitze-Breslau 0,51. Jacobs-Gien 6,00. Summa** Mark 8573,43. **Vertaufte Druckfaden** Nr. 104,88. **Verbands-Abrechnungsjahres** (2. Rate) Nr. 57,65. **Inserate:** Nr. 12,10. Berlin, im Oktober 1909.**

Rudolf Klein, Verbandskassierer.

2. **Quittung über die Sammelgelder für die um das Koalitionsrecht kämpfenden Gärtner in Cuedlinburg.**

**Handwerker:** Berlin Nr. 5. **Köpen 10. Bergarbeiter:** Poststr. 5. **Jalene 3. Fabrik- und Handarbeiter:** Altbaum 4. **Berlin VI 3. Burg 5. Charlottenbrunn 2,65. Chemnitz 5. Fellsammer 4. Fürstentwalle 5. Gierleben 9,90. Grandschütz 2. Halle 10. Halle-Gröllwitz 3,50. Hannover-Linden 33,50. Kunzendorf 3. Laupheim 4. Leopoldsdorf 10. Mainz 4,15. Otmütze 5. Pommerensdorf 1,90. Striegau 3. **Graphische Verufe und Maler:** Döbeln 3. Gera 5. Halle 20. **Holzarbeiter:** Biberach 5. Chemnitz 5. Danzig 10. Gumbinnen 3. Leipzig 10. Leipzig-Lindenau 10. Liebenwerda 0,50. Löbau 4. Schmölln 5. Schneitz 3,50. Weidau 20,55. **Rismar 10. Zeig II 3. Kaufleute:** Generalrat 300. **Berlin I 25. Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Berlin VIII 10. Berlin XIII 12. Bremen 20. **Gleberfeld 15. Lauenburg i. B. 3. Wilhelmshaven 15. Schneider:** Berlin I 9. Berlin II 20. Berlin V 8,06. Bremerhaven 10. Halle 10. Herford 6. Raumburg 1,50. Reuditz a. S. 6,50. **Jerbitz 5. Schuhmacher und Lederarbeiter:** Berlin-Zentrum 15. Berlin-Nord 6. Biberach 15. Duisburg 12. Dampau 10. **Raitrow 3. Mannheim 10. Mühlburg 3. Strausberg 4,30. Striegau 4,50. Weiba 4. Worms 10,05. Textilarbeiter:** **Alpolda 7,15. Finsterwalde 10. Sommerfeld 6. Spremberg 50. Jägerro- und Tabakarbeiter:** Finsterwalde 10. **Gundelsheim 3. Ortsverbände:** Bitterfeld 10. **Buchum 5. Kaiserlautern 5. Köln-Deutz 10. Kl.-Gladbach 5. Rottum 10. Roth a. S. 15. Seufftersberg 3. **Wismar 5,30. Zeig II 10. Fränkischer Bezirksverband:** Nürnberg 7,20. **Durch die Redaktion des Mitteldeutschen Kurier\* gesammelt 55. Privat:** Reinhold Müller-Berlin 4. **Summa** Mark 1073,--. **Bereits quittiert** Mark 932,--. **Ingesamt** Mark 2005,--. Berlin, den 21. Oktober 1909.****

R. Klein, Verbandskassierer.

#### Berichtungen.

**Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.).** Verbandsrat der Deutschen Gewerkevereine, NO., Greifswalderstr. 221/222. Die Sitzung fällt aus. Dafür 8½ Uhr Besuch der Versammlung im Berliner Rathaus, Saal 109. Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Gottschalk über: Grundzüge des gewerblichen Arbeiterrechts. \* **Gewerkevereins-Liedertafel (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, **Lebungsstunde** im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. \* **Distriktsrat Moabit.** Jeden Freitag, abds. 8½ Uhr, **Sigung** u. **Radou, Waldstr. 53. - Eisenbahner.** Sonnabend, 23. Oktober, abends 8½ Uhr, **Verhagen, Neue Bahnhofstraße 1.** Vortrag des

Kollegen Scholz. \* **Bildhauer.** Sonnabend, 23. Oktober, **Feier** des 40. Stiftungsfestes, **Böhmisches Brauhaus, Pardeberger Allee 11-13.** Montag, 25. Oktober, abds. 8½ Uhr, **Versammlung** Dresdenstr. 10 bei **Breusch. - Raschmeh-** **ban- u. Metallarbeiter XII.** Dienstag, 26. Oktober, abends 8½ Uhr **bei Krull, Putzstr. 51.** **Vertrauens-** **männerversammlung.** Vortrag über: „Hausagitation“. **Sofalfrage** u. **anderes.**

#### Orts- und Bezirksverbände.

**Hagen (Distriktsrat).** Jeden 2. und 4. **Sonn-** **abend** im Monat, abends 8½ Uhr, **Distriktsrat** bei **Seuchter, Ede Panemannplatz** und **Zillcherstraße**. \* **Hamburg (Ortsverband).** Jeden **Mittwoch**, abds. 8½ Uhr **präz.**, in **Hiltmanns Hotel, Poststr.** **Distriktsrat.** (Distriktsrat). **Jeden 2. und 4. Mittwoch** im Monat, abends 9 Uhr **bei Factor, Kaiser Wilhelmstraße 77. - Dresden (Distriktsrat).** Die **Sigungen** finden **regelmäßig** **jeden** **Dienstag** abends 8½ Uhr **im Sandlerstr. Weber-** **gasse 28. hatt. Gäste** **will.** \* **Köln (Distriktsrat).** **Sigung** **jeden** **Mittwoch**, abds. 9 Uhr **im Restaurant, Vater Rolping**, **Elfergasse. - Hamburg (Distriktsrat).** **Jeden 2. u. 4. Mitt-** **woch** **u. Monat** **bei Factor, Kaiser Wilhelmstraße. - Witt-** **burg (Distriktsrat).** **Jeden 1. und 3. Sonnabend** **im** **Monat**, abends 8½ Uhr, **im** **Sofal** **des** **Herrn** **Hafen-** **kamp, Friedrich Wilhelmstraße, Distriktsrat.** \* **Wäl-** **heim-Nahe (Ortsverband).** **Jeden** **zweiten** **Sonntag** **im** **Monat**, vormitt. 10 Uhr, **Vertreter** **sigung** **beim** **Wirt** **Job. Röller, Sandstraße 38. - Cottbus (Distriktsrat).** **Sigung** **jeden 2. und 4. Dienstag** **im** **Monat** **bei** **Kobol,** **Vertreterstr. 120. - Leipzig (Gewerkevereins-Liedertafel).** **Die** **Lebungsstunden** **finden** **jeden** **Mittwoch** **abends 9 bis** **11 Uhr** **im** **Bereinslokal** **„Stadt Hannover“**, **Seeburg-** **straße 25, hatt. Gäste** **und** **stimmgebende** **Mitglieder** **sind** **herzlich** **willkommen. - Weihenfeld a. S. (Ges-** **sangsabteilung der Gewerkevereine).** **Lebungsstunden** **jeden** **Dienstag**, abends 8½-11 Uhr **im** **Bereinslokal** **„Schweizer-** **haus“**, **Schützenstraße. Gesangslebende** **Gewerkevereinskollegen** **sind** **stets** **willkommen. - Zwickau (Distriktsrat).** **Jeden** **Mittwoch** **8½ Uhr** **bei** **Hander, Döhr.** \* **Stettin (Sänger-** **chor der Gewerkevereine).** **Die** **Lebungsstunden** **finden** **jeden** **Dienstag** **abends 8½ Uhr** **im** **Sofal** **Rebel, Poststr. 5, hatt.** **Stimmgebende** **Kollegen** **sind** **herz.** **willkommen. - Gelsen-** **kirchen (Ortsverband).** **Jeden 1. Sonntag** **im** **Monat** **Orts-** **verbandsvertreter** **sigung**, vormittags 10 Uhr, **im** **Ver-** **kehrslokal** **G. Simon, Alter Markt. - Spremberg (Dis-** **triktsrat).** **Jeden** **Dienstag**, abends von 9 bis 11 Uhr **im** **Bereinslokal** **„Jähden“** **Sigung.** **Gewerkevereinsmit-** **glieder** **sind** **stets** **mitf.** \* **Jittau.** **Ortsverbandsversamm.** **am** **23. Oktober**, abends 8½ Uhr **im** **„Schützenhaus“.** \* **Neckermünde a. Havel (Ortsverb.).** **Sonntag, 31. Ok-** **tobar**, nachm. 3 Uhr, **Vertreter** **sigung** **in** **Eggenin, Hotel** **„Deutsches Haus“.** \* **Witten (Ortsverband).** **Sonntag,** **31. Oktober**, nachm. 2 Uhr **bei** **Kofe** **(Kongendier)** **kom-** **binierter** **Ausschuss** **bezog.** **Vertreter** **sigung.** **Dortseits** **4 Uhr** **Orts-** **vereinsversammlung.** **Vortrag** **des** **Bezirksbeamten** **Braun-Dortmund.**

**Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Abrechnungs-** **verzeichniss.**

**Halberstadt (Ortsverband).** G. Bloß, Vorsitzender, **Sedanstr. 41, Hof II.** **Alle** **Sachen** **für** **den** **Ortsverband** **be-** **stimmten** **Sachen** **sind** **an** **diese** **Adresse** **zu** **senden.**

### Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

### Freie Hochschule-Berlin.

**Vorlesungen über** **Naturwissenschaft, Weltanschauung, Sozialpolitik, Rechtswissenschaft, Germanistik, Literatur und Medizin.** **Ausführliche** **Beleghe** **und** **Exzerpten** **zu** **ermäßigten** **Preisen** **für** **Mitglieder** **der** **Gewerkevereine** **im** **Verbandsbureau** **der** **Deutschen** **Gewerkevereine** **Berlin** **NO. 55, Greifswalderstr. 221/222.**

### Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!

Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die

### Frauen-Begräbnisstätte

des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

**Eintrittsgeld** 25 Pfg. \* **Aufnahme** vom 15. bis 31. Jahre.

**Bestehendes** **Begräbnisgeld:** 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark.

**Der** **Wohndbeitrag** **beträgt** **je** **nach** **Höhe** **der** **gewählten** **Versicherungs-** **summe** **und** **des** **Beitragsalters** **3** **bis** **9** **Pfg.**

**Alle** **Ortskassierer** **nehmen** **Anmeldungen** **entgegen.**

**Prospekte** **und** **Material** **versendet** **das** **Verbandsbureau:**

Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/22.

### Fahnen, Vereinsabzeichen,

**Schäpen: a. schönsten** **und** **billigsten** **bei** **Th. Berkop, Oppeln.**

**Einzig** **(Fabrik- und Hand-** **arbeiter).** **Durchreisende** **Gewerke-** **vereinskollegen** **erhalten** **Abendbrot,** **Rachlogis, Kaffee** **und** **Frühstück.** **Verpflegungskarten** **beim** **Kassierer** **W. Clausen, Solontstr. 32.**

**Eisenach u. Umgegend (Orts-** **verband).** **Durchreisende** **Kollegen** **erhalten** **50 Pfg.** **vom** **Ortsverbands-** **kassierer** **Edmund Hartmann,** **Eisenach, Bismarckstr. 18.**

**Döbeln.** **Durchreisende** **erhalten** **in** **der** **Herberge „Zur Heimat“** **freies** **Nachquartier** **und** **Frühstück.** **Karten** **sind** **beim** **Kollegen** **Heuchel** **in** **Stelzners** **Kohlenhandlung, Zwinger-** **straße, zu** **ernehmen.**

**Biberach a. Nig (Ortsverb.).** **Durchreisende** **Gewerkevereinskollegen** **erhalten** **eine** **Anweisung** **für** **Abend-** **brot, Nachquartier** **und** **Frühstück** **bei** **dem** **Ortsvereinskassierer.** **Herberge** **und** **Arbeitsnachweis** **im** **Gasthaus** **zum** **„Roten Ochsen“,** **Marktplatz.**

**Freiburg i. Schl. (Ortsverb.).** **Durchreisende** **Kollegen** **erhalten** **das** **Ortsverbandsgehör** **bei** **ihrem** **Ortsvereinskassierer** **ausgehollt** **falls** **der** **Ortsverein** **am** **Orte** **nicht** **vertreten** **ist,** **beim** **Ortsverbands-** **kassierer** **W. Bilg.** **Berger, Mü-** **heimstraße 10.**

### Rassen-Abichug

der Frauen-Begräbnisstätte des Verbandes pro III. Quartal 1909.

Einnahme	K		Ausgabe	K	
	1	2		1	2
Am Vortrag . . . . .	374	46	Ber Begräbnisgeld . . .	565	—
• Beiträgen . . . . .	1679	69	• Entschädigungen:		
• Eintrittsgeld . . . . .	8	50	• Vertrauensmänner . .	55	89
• Ration . . . . .	1	23	• Fortanbshigung . . .	18	—
• Zinsen . . . . .	838	50	• Haupttriboren . . . .	11	55
			• Kassenverwaltung . .	165	—
			• Inftrate . . . . .	32	40
			• Zurückg. Ration . . .	4	68
			• Kautionszinsen . . . .	—	15
			• Gekaufte Wertpapiere .	1014	—
			• Zinsentschädigung . .	2	25
			• Courtaage u. Stempel .	2	40
			• Depot-Gebühren . . .	8	—
			• Porto und Abtrag . . .	65	62
			• Kassenbestand . . . . .	962	44
				2902	38

Gesamt- Vermögen*)	Reinwert		Rothwert	
	K	1	K	1
84% Berliner Stadt- Anleihe . . . . .	25900	—	24294	20
8% Deutsche Reichs- Anleihe . . . . .	68500	—	54419	50
4% Charlottenburger Stadt-Anleihe . . . . .	4000	—	4048	—
4% Berliner Stadt- Anleihe . . . . .	4500	—	4574	—
Kassenbestand . . . . .	962	44	962	44
	98862	44	88298	14

\*) Einschließlich der seitens des Hauptkassierers und der Vertrauensmänner gehaltenen Kaution in Höhe von 347,60 Mk.

**Stassfurt (Ortsverb.).** **Herb-** **st, Oststr. 20.** **Kassier:** **Ortsverb.).** **Durch-** **reisende** **erhalten** **50 Pfg.** **bei** **Aug.** **Reimers, Friedrichstraße 26.**